

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsgeldern nach allen Regeln verfahren

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunisten
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau

Am Freitag beginnt unser
neuer Roman
Mess Mend
für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, frei Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-QL / Geschäftsstelle u. Expedition: Alsterbahnpoststr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Scheitelfeldung: Dresden-QL, Alsterbahnpoststr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Druckanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: 20 M. pro Zeile für den ersten Tag, 15 M. für den zweiten Tag, 10 M. für den dritten Tag, 8 M. für den vierten Tag, 6 M. für den fünften Tag, 5 M. für den sechsten Tag, 4 M. für den siebten Tag, 3 M. für den achten Tag, 2 M. für den neunten Tag, 1 M. für den zehnten Tag / Anzeigenannahme: Alsterbahnpoststr. 2 / Die Anzeigen werden auf Verlangen der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 20. November 1928

Nummer 271

Der Verratspakt von Düsseldorf

Aufrechterhaltung der 12-Stunden-Schicht / Kapitulation auch in der Lohnfrage / Zerbricht den Schacher!

Essen, 20. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Von sehr gut informierter Seite wird uns mitgeteilt, daß in den gestrigen Verhandlungen in Düsseldorf zwischen den reformistischen Gewerkschaftsführern und den Vertretern des Unternehmerverbandes Nordwest eine Einigung erzielt worden ist. Die endgültige juristische Festlegung soll Montag mittag erfolgen.

Die reformistischen und christlichen Gewerkschaftsvertreter haben vor den Drohungen der Unternehmer restlos kapituliert, nachdem sie in den letzten drei Tagen entsprechend dem Willen des sozialdemokratischen Parteivorstandes Schritt für Schritt zurückgewichen waren. Die Vereinbarungen sehen sowohl eine Aufrechterhaltung der 12-Stunden-Tages als auch eine vollkommene Unterwerfung in der Lohnfrage vor. In der Lohnfrage der Aktorarbeiten und in der Arbeitszeitfrage haben die reformistischen Gewerkschaftsvertreter restlos den Standpunkt der Unternehmer angenommen. In der Lohnfrage für die Zeit- und Schichtlöhne haben die Unternehmer minimale „Zugeständnisse“ gemacht, die jedoch noch weit entfernt von dem schändlichen Schiedsspruch bleiben.

Die Unternehmer sollen beabsichtigen, die Arbeit in den Betrieben entsprechend den „technischen Voraussetzungen“ am Donnerstag bzw. Mittwochsabend wieder aufnehmen zu lassen. In einzelnen Fällen soll sogar vorher die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgen. Von der gleichen Seite wird uns mitgeteilt, daß die Gewerkschaftsführer nicht beabsichtigen, über die Wiederaufnahme der Arbeit die Belegschaften direkt zu befragen. Die reformistische Bürokratie verhängt sich hinter die provokatorische Erklärung, daß die Bestimmungen der Verbandsstatuten über Wiederaufnahme der Arbeit bei Streiks nicht in Frage kommen, weil es gelang, „die Unternehmer zum Aufgeben ihres Standpunktes zu veranlassen“. Den Geschäftsführern der Gewerkschaften sei heute bereits das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen unterbreitet, und es sei auch von ihnen akzeptiert worden.

Diese Meldung wird bestätigt durch bürgerliche Mitteilungen, die Reformisten sind dabei, ein schändliches Kompromiß zu unterzeichnen, das ihren bisherigen Verrat krönt. Punkt für Punkt vollzieht sich der Verrat der Reformisten so, wie ihn die KPD vorausgesagt hat.

Die sozialdemokratischen Führer haben sich nicht nur gegen alle wirksamen Gegenmaßnahmen gestemmt, sondern haben alles getan, um die Ausbeuterpolitik der Eisenbarone und der Koalitionsregierung zu unterstützen.

Die DMB-Führer heften gegen die Sammlungen der IAG. Die Gewerkschaftsbürokratie verweigerte jede Unterstützung der Unorganisierten. Sozialdemokratische Stadtverordnete stimmten in den Gemeindeparlamenten gegen Unterstützung der Ausgeperrten.

Die preussische Koalitionsregierung ordnete an, daß die Gemeinden bei Gewährung von Wohlfahrtsunterstützung die schärfste Bedürftigkeitsprüfung vorzunehmen haben. Eine Konferenz der Oberbürgermeister der Ruhrstädte beschloß, solchen Ausgeperrten, die die schärfste Bedürftigkeitsprüfung bestanden, für je 4 Tage 24 Pf. zu gewähren.

Die Vertreter der Koalitionsregierung lehten durch, daß die Behörden der Arbeitslosenversicherung die Erwerbslosenunterstützung verweigerten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmte im Reichstag gegen die Auszahlung einer staatlichen Unterstützung in Höhe der Erwerbslosenunterstützung. Mit dieser Ausbeuterpolitik glaubten die SPD-Führer, die Ausgeperrten zermürben zu können. Doch die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat alles eingeleitet, um die Kampfpreise zu festigen.

Jetzt, wo die Reformisten ein schändliches Kompromiß unterzeichnen, ruft die Gewerkschaftsopposition im Ruhrgebiet den Kämpfenden zu:

Laßt euch nicht durch Zerlegungsversuche der Unternehmer und ihrer reformistischen Väter verwirren!

Neht sofort Stellung in Belegschaftsversammlungen gegen den unerhörten Verrat!

Halte! Ist ein euren Forderungen: 15 Pf. Lohnhöhung, Achtstundentag, Schluß mit dem Schlichtungsinstanz!

Protestiert gegen den Verrat der reformistischen Kapitalisten, vertritt die Organisation von Streikposten, befolgt nur die Anweisungen eurer gewählten Kampfleitungen!

Verwirrungslügen der Reformisten

Berlin, 20. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Die gestrigen Düsseldorf Verhandlungen haben noch zu keinem endgültig festgelegten Ergebnis geführt. Die Gewerkschaftsführer haben, nach einem Bericht des Vorwärts, gestern abend vor der erweiterten Verhandlungskommission Bericht erstattet. Heute werden die Verhandlungen in Düsseldorf fortgesetzt und wahrscheinlich zum Abschluß gebracht werden. Der Vorwärts schwärmt über weitere Täuschung über den elenden Abschluß in Düsseldorf auf Kosten der Arbeiter frech darauf los, „daß bisher über die Arbeitszeitfrage noch nicht verhandelt“

Abrechnung mit den Verrätern

Ein Aufruf der Kampfleitungen

Essen, 20. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Die zentrale Kampfleitung im Ruhrgebiet veröffentlicht zu den Düsseldorf Verhandlungen folgenden Aufruf:

„An die ausgeperrten Metallarbeiter!

Die Kapitulation der Gewerkschaftsführer vor den Trustkapitalisten ist vollzogen. Sie haben eure Forderungen 15 Prozent Lohnhöhung und Achtstundentag auf Befehl der sozialdemokratischen Koalitionsminister fallen gelassen. Sie haben nicht einmal ihre Forderung — den verbindlich erklärten Schiedsspruch — aufrecht erhalten. Sie haben sich widerstandslos dem Diktat der Schwerindustriellen unterworfen und eine Vereinbarung getroffen, die kaum die Hälfte der Lohnsätze des Schiedsspruchs bringt.

Kollegen! An diese Hungerlöhne sollt ihr, ungeachtet der steigenden Preise, bis 30. September gebunden sein. Aber nicht genug damit, die Führer der Metallarbeiterverbände haben auch noch eure seit 4 Jahren erhobene Forderung des Achtstundentages und der dreigeteilten Schicht aufgegeben. Die schändliche Arbeitszeit in der Hüttenindustrie soll auf Jahre hinaus bestehen bleiben und noch verlängert werden. Unter diesen schändlichen Bedingungen wollen sie euch wieder in die Betriebe zurückjagen. Um das zu erreichen, um eure Kampffront zu zersplittern, führen sie eine wüste Hege gegen eure gewählten Kampfleitungen, gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, gegen die kommunistische Partei und gegen die IAG.

Die Gewerkschaftsführer jagen euch: Die Wiederrückführung der Betriebe sei ein Erfolg eures Kampfes.

Wir sagen euch: Die erzwungene Arbeitsaufnahme unter dem Unternehmerdiktat ist ein Sieg des Trustkapitals.

Erinnert ihr euch an den Dezember-Schiedsspruch? Auch damals waren sie gegen den Kampf. Sie sagten euch: Wählt SPD; mit der Zahl der SPD-Abgeordneten wächst der Einfluß der Arbeiter auf Staat und Regierung. Sozial-

demokratische Minister garantieren euch besseren Lohn und bessere Arbeitszeit. Der Arbeitslohn ist ein politischer Lohn. Was sagen jetzt die sozialdemokratischen Minister? Haben sie ihr Versprechen gehalten? Haben sie euren Kampf unterstützt? Sind eure Löhne gestiegen? Ist eure Arbeitszeit verkürzt?

Die Koalition mit den kapitalistischen Parteien ist das Bündnis der sozialdemokratischen Führer mit der Trustbourgeoisie, die euch hungern will.

Die Gewerkschaftsführer haben das getan, was euch eure Kampfleitungen lange vorausjagten. Der von den Gewerkschaftsführern verübte Verrat ist vollständig. Wollt ihr euch damit zufrieden geben? Eure Kampfleitungen jagen euch darauf: Nein! Niemals!

Darum: Eiserne Geschlossenheit der Ausgeperrten! Festhalten an den alten Forderungen! Nicht kapitulieren! Verhindert die Zerplitterungsversuche der Unternehmer und Gewerkschaftsführer durch verstärkte Organisation der Streikposten vor den Betrieben!

Kein Betrieb ohne Streikposten!

Verlangt Belegschaftsversammlungen, in denen die notwendigen Kampfmaßnahmen unter Führung der gewählten Kampfleitungen beschlossen werden.

Laßt euch weder durch die Unternehmer, noch durch die Manöver der Gewerkschaftsführer verwirren.

Halte! Abrechnung mit den Verrätern!

Verstärkt die Demonstrationen vor dem Rathaus und den Bureaus der Verbandsbürokratie!

Befolgt die Anweisungen eurer gewählten Kampfleitungen!

Die Trustkapitalisten wollen durch Niederschlagung der Arbeiter zum Wirtschaftsfrieden.

Die Arbeiter wollen durch Kampf zum Sieg!

Kampfleitungen der ausgeperrten Metallarbeiter.

Haack Schlichter im Textilarbeiterkonflikt

Schlichtungsverhandlungen am Freitag

St.-A. Notiz. Der Landes-Schlichter Herr Ministerialrat Haack ist vom Reichsarbeitsministerium zum Sonder-Schlichter für die Regelung des Lohnstreites in der Textilindustrie in Westfalen und Thüringen ernannt worden. Er hat die Parteien zur Vorverhandlung auf Freitag den 23. November, vormittags 10 Uhr, nach dem Arbeits- und Wohlfahrtsministerium geladen.

Das ist der richtige Mann. Niklas Haack, der ehemalige Metallarbeiterverbandsangestellte, ist der sächsischen Arbeitererschaft sehr gut bekannt. In den entscheidenden Lohnkämpfen hat er sich in seiner Eigenschaft als Schlichter als der beste Sachwalter der Industriellen erwiesen. Er wird in diesem großen bevorstehenden Lohnkampf die Interessen der Textilbarone zu verteidigen wissen. Die Ernennung Haacks zum Sonder-Schlichter im Textilarbeiterkampf und die bereits für Freitag angeordneten Verhandlungen der Schlichtungsmaschine deuten darauf hin, daß das Reichsarbeitsministerium entschlossen ist, den sächsischen Thüringischen Lohnkonflikt in der Textilindustrie möglichst schnell durch einen im Interesse der Unternehmer gelegenen Schiedsspruch abzudrehen. Die Textilarbeiterschaft muß die drohende Gefahr erkennen. Sofort müssen alle Betriebe Stellung nehmen. Den für Westfalen und Thüringen angeordneten Verhandlungen werden die für Ostfachsen baldigt folgen. Es bedarf keines Zweifels darüber, daß die für Westfalen und Thüringen durch Schiedsspruch festgelegten Lohnsätze und Tarifvereinbarungen dann auch zur Grundlage eines Schiedsspruches zum Abschluß eines Lohnvertrages in Ostfachsen gemacht werden. Der Unterschied wird nur der sein, daß die Differenzierungen zwischen den ostfächsischen und westfächsischen Löhnen zum Schaden der ostfächsischen Textilarbeiter bestehen bleiben und verschärft werden. Die Textilarbeiterschaft kann und darf sich nicht der Illusion hingeben, als ob ihr durch das eingeleitete Schlichtungsverfahren irgendwelche wesentliche Aufbesserung ihrer erbärmlichen Löhne bevorstehe. Nur wenn die

gegenwärtig und unter den Lösungen der Opposition den Kampf für die Durchsetzung ihrer Forderungen eröffnet, wird es möglich sein, das Unternehmertum auf die Knie zu zwingen.

Der Schlichtungsschacher muß zertrümmert werden.
Die Betriebe müssen zum Kampf bereit sein.

Auch die Hagen-Schweimer Metallarbeiter sollen verschmertzt werden

Dortmund, 20. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Hier fanden gestern Verhandlungen über die Neuregelung des Lohntarifs für die Hagen-Schweimer Metallindustrie statt. Trotzdem die reformistischen Gewerkschaftsführer dem Verlangen der Unternehmer nach Verlängerung des bisher geltenden Lohnabkommens um weitere fünf Monate ihre Zustimmung geben wollten (!), war den Unternehmern diese verräterische Handlungsweise noch ungenügend. Sie verlangten eine längere Laufzeit, was die Reformisten aus Furcht vor der zu erwartenden ungeheuren Empörung der Arbeitererschaft ablehnen mußten. Der Schlichter hat die Verhandlungen auf heute vertagt. Auch im Hagener Gebiet soll gemeinsam mit den Gewerkschaftsführern der Arbeitererschaft der Nachwillen der Unternehmer dokumentiert werden.

Schamlose Kommunistenhege durch die DMB-Bürokratie

Dortmund, 20. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern berief die DMB-Bürokratie eine Mitgliedserversammlung ein. Der Vertreter der Bezirksleitung des DMB entfaltete eine wüste Hege gegen die KPD und die IAG, um dadurch von ihrem schändlichen Ruhmhandel abzulenken. Die große Mehrheit der Versammlung stimmte der eingebrachten Resolution seitens der Opposition zu. Die DMB-Bürokratie verhinderte die Diskussion und die Abstimmung und schloß unter heftigem Widerstand und Tumult die Versammlung. Eine Versammlung, die gestern abend von der Opposition einberufen